

Die Angliederung des Burgenlandes im Steiermärkischen Landtag

Johann SEEDOCH

An Darstellungen zur Entstehung des Burgenlandes und seiner Angliederung an die Republik Österreich herrscht gewiß kein Mangel. Seit 1919 haben viele Historiker und Publizisten unter verschiedenen Blickwinkeln diese Thematik behandelt. Dennoch harren noch manche interessante Phasen dieses historischen Prozesses, der in der Zeitspanne 1918–1922 ablief, der wissenschaftlichen Untersuchung und Darstellung. Dies betrifft auch die Rolle, die das Land Steiermark in dieser Frage vor allem natürlich hinsichtlich des angrenzenden südlichen Burgenlandes spielte.

Um eine kleine Forschungslücke zu schließen, habe ich in den nachfolgenden Zeilen jene Spuren verfolgt, die die Burgenlandfrage im Steiermärkischen Landtag hinterlassen hat.

Analog dem Vorgehen der ehemaligen Reichsratsabgeordneten, die sich in Wien am 21. Oktober 1918 als Provisorische Nationalversammlung des selbständigen Staates Deutschösterreich konstituiert hatten, traten am 6. November 1918 auch in Graz die Reichsratsabgeordneten des deutschen Teiles von Steiermark sowie Vertrauensmänner von Arbeitern, Bauern und Bürgern zusammen, um als steiermärkische provisorische Landesversammlung die politische Verwaltung und Vollzugsgewalt zu übernehmen und die Grundlagen für den neuen Landtag und die Landesregierung zu regeln.¹

Die vordringlichen Aufgaben waren: Schaffung neuer Rechtsgrundlagen für die Regierung und Verwaltung des Landes, die Konsolidierung der politischen Verhältnisse, die Bewältigung der Notlage, die der Erste Weltkrieg hinterlassen hatte.

Es verwundert daher nicht, daß diese provisorische Landesversammlung für eine außerösterreichische Frage nur wenig Zeit und wenig Interesse aufbringen konnte, selbst wenn sie – wie die westungarische Frage – die steiermärkische Ostgrenze direkt betraf. Es findet sich daher in den „Stenographischen Berichten“ über die Sitzungen der steiermärkischen provisorischen Landesversammlung vom 6. November 1918 bis zum 30. April 1919 kein Hinweis auf Westungarn oder Deutschwestungarn. Aber bereits in der 1. Sitzung des neu gewählten Landtags, am 27. Mai 1919, sagte der Abgeordnete Dr. Jakob Ahrer namens des christlichsozialen Landtagsklubs u. a.:

Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch auf uns Deutsche angewandt wissen, daher fordern wir Steirer, daß Deutschwestungarn mit seinen 350.000 Einwohnern fortan Schulter an Schulter mit uns lebe (lebhafter Beifall). Und hier in dieser Frage, hohes Haus, würden uns spätere Generationen verurteilen, wenn wir uns einer Unterlassungssünde schuldig machen würden. Wenn wir diese Stellung in unseren Grenzfragen einnehmen, so halten wir uns

¹ Stenographische Berichte über die Sitzungen der steiermärkischen provisorischen Landesversammlung, Graz 1919, 1.

vor Augen, daß ein diktiertter Gewalt- und Schmachfriede auf die Diktatoren zurückfallen müßte, denn es wurzelt Gerechtigkeit in der Weltgeschichte.²

Der Abgeordnete Josef Pongratz, der namens des sozialdemokratischen Landtagsklubs sprach, erwähnte Westungarn nicht, wohl aber der Abgeordnete Dr. Erich Klusemann namens des Landtagsklubs der Steirischen Bauernpartei:

In nationalen Fragen geben wir uns der sicheren Hoffnung hin, daß wir bald mit unseren Brüdern, welche im Süden unter fremder Herrschaft schmachten, und mit unseren Brüdern in Westungarn vereint sein werden, damit wir gemeinsam unsere politischen Ziele verfolgen können, zum Nutzen unseres geliebten Gesamtvolkes.³

In der 3. Sitzung am 13. Juni 1919 beschäftigte sich der Landtag mit dem ersten Entwurf der Friedensbedingungen und erhob dagegen Protest, beklagte den Verlust der Untersteiermark und forderte eine Volksabstimmung; Westungarns wurde hiebei nicht gedacht, wenngleich auch dessen Angliederung im ersten Friedensvertragsentwurf noch nicht vorgesehen worden war.

Aber bereits in der 4. Sitzung am 30. Juni 1919 wurde vom deutschdemokratischen Abg. Franz Pichler und Genossen ein Antrag betreffend die Vereinigung der Grenzgebiete Westungarns mit Steiermark (Beilage Nr. 15) eingebracht und dem volkswirtschaftlichen Ausschuss zugewiesen.⁴

Der diesbezügliche mündliche Bericht des Ausschusses wurde erst in der 21. Sitzung am 4. Dezember 1919 erstattet und führte aus, daß der Antrag zu einer Zeit gestellt wurde, als die Angliederung völkerrechtlich noch nicht entschieden war.

Inzwischen sei die Angliederung durch den Friedensvertrag rechtlich verfügt worden. Ebenso sei der Wunsch, daß die an Steiermark angrenzenden Gebiete Westungarns mit Steiermark vereinigt werden, dadurch überholt, daß seitens der großen Parteien ein Übereinkommen getroffen worden war, wodurch Westungarn nicht an die angrenzenden Gebiete von Niederösterreich und Steiermark aufgeteilt, sondern als selbständiges Land erhalten werden soll. So hätte auch die Mehrheit des Ausschusses am in der Nationalversammlung gefaßten Beschluß festgehalten und folgenden Antrag gestellt: „Der hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird beauftragt, bei der Staatsregierung darauf hinzuwirken, daß der Anschluß der im Friedenvertrage von St. Germain unserem Staate zugewiesenen Teile Deutschwestungarns ehestens verwirklicht werde.“⁵

Dieser Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses wurde ohne Wechselrede angenommen.

In der 9. Sitzung am 29. September 1919 bedauerte der Landtag das „Entreißen des deutschen Unterlandes“ in einer Replik auf den Vertrag von St. Germain und stellte fest:

² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des steiermärkischen Landtages 1919/1920, Graz 1920, 2.

³ Ebda., 5.

⁴ Ebda., 27.

⁵ Ebda., 396f.

Als einzigen Lichtblick empfindet der steiermärkische Landtag die durch den Friedensvertrag herbeigeführte Erlösung eines Teils der Volksgenossen Westungarns und erwartet, daß die tatsächliche Angliederung dieser Gebiete und die Einsetzung unserer Verwaltung in ihnen ungesäumt vor sich gehe.⁶

Auf dieser Linie liegt auch der Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten Hans Resel, August Lindner, Anton Weixelberger und Genossen betreffend den Bau einer Bahnlinie von Gleisdorf über Ilz, Fürstenfeld nach Westungarn, der in der 15. Sitzung am 17. Oktober 1919 eingereicht und in der 16. Sitzung am Nachmittag desselben Tages dem Eisenbahnausschuß zugewiesen wurde.⁷

In der 19. Sitzung am 26. November 1919 brachten die christlichsozialen Abgeordneten Karl Huber, Josef Weingärtner, Leopold Zenz, Karl Jaklitsch, Karl Friedl und Genossen den Antrag ein betreffend den Bau einer Bahnlinie von St. Johann in der Heide über Rohr und Wörth nach Deutschwestungarn, und zwar nach Stegersbach–St. Michael–Güssing–Körmend, um damit den Anschluß an die ungarische Bahnlinie Steinamanger–Körmend–Fehring zu erreichen.⁸

In der 20. Sitzung am 28. November 1919 legte der Eisenbahnausschuß dem Plenum folgenden Antrag, der einstimmig beschlossen wurde, vor:

Der Landesrat werde beauftragt, die nötigen Vorarbeiten für den Bau einer Normalbahn von Gleisdorf über Ilz und Fürstenfeld nach Deutschwestungarn ehestens zu beginnen, damit sofort nach Zufall dieses Gebietes an die deutschen Alpenlande mit dem Bau der Bahnlinie begonnen werden könne.⁹

In der 27. Sitzung am 4. Mai 1920 stellten die Abgeordneten der Steirischen Bauernpartei Dr. Erich Klusemann, Hannes Schreckenthal, Franz Fasching, Karl Hartleb, Heinrich Wastian und Genossen den Antrag betreffend die Errichtung einer Trassierungsabteilung in Graz zum Detailstudium der Hauptbahnlinie, welche die Landeshauptstadt Graz mit Deutschwestungarn bzw. mit Kärnten als Durchzugslinie von Italien nach Ungarn verbinden sollte.¹⁰

In der 31. Sitzung am 1. Juli 1920 wurden die mündlichen Berichte des Ausschusses vorgetragen und hiezu folgende zwei Beschlüsse gefaßt:

Der Landesrat wird beauftragt, die nötigen Vorarbeiten für den Bau einer Normalbahn von St. Johann in der Heide über Rohr–Wörth nach Deutschwestungarn in das Pinkatal nach Stegersbach–St. Michael–Güssing–Körmend ehestens zu beginnen, damit nach endgültiger Regelung der Verhältnisse Deutschwestungarns mit dem Alpenlande Deutschösterreich der Bau dieser vorgeschlagenen Linie begonnen werden kann.¹¹

Die Landesregierung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte bei den maßgeblichen Faktoren in Wien zu unternehmen, daß mit aller Beschleunigung eine Trassierungsabteilung in Graz errichtet werde, welcher die Aufgabe zufällt, die für Steiermark zum Ausbau erforderliche

⁶ Ebda., 129.

⁷ Ebda., 244.

⁸ Ebda., 323.

⁹ Ebda., 354.

¹⁰ Ebda., 520.

¹¹ Ebda., 567.

Eisenbahnlinien, die den Verkehr mit dem Westen einerseits und mit Deutschwestungarn andererseits vermitteln sollen, im Detail zu studieren, damit auf Grund dieser Studien ehestens mit dem Ausbau derselben begonnen werden kann.¹²

Schikanen des ungarischen Grenzschutzkommandos an der steirisch-ungarischen Grenze bei Wörth, Neudau und Burgau waren der Grund einer Anfrage der christlichsozialen Abgeordneten Karl Huber, Franz Fink, Peter Peintinger und Genossen in der 27. Sitzung am 4. Mai 1920. Da eine große Zahl von Einwohnern dieser Gemeinden den größten Teil ihres Grundbesitzes jenseits des Grenzflusses Lafnitz, also in Ungarn, hatten und ihn von ihren Heimatgemeinden bewirtschafteten, hatte das Grenzschutzkommando plötzlich außer der gemeindeamtlichen Bestätigung für den Grenzübertritt einen Grenzüberschreitungschein, der bei diesem Kommando gelöst werden mußte, nur für zehn Tage ausgestellt und dafür eine Gebühr von 3 Kronen eingehoben. Wohl wurde über Einschreiten der Gemeinde Wörth von der wiederholten Zahlung abgesehen, der Schein muß aber nach Ablauf der zehn Tage erneuert werden. Weiters hatte das Grenzschutzkommando zwei über die Lafnitz führende Stege, welche Eigentum der Gemeinde Wörth waren, eigenmächtig für den Verkehr gesperrt. Da alle Vorstellungen bisher ohne Erfolg geblieben seien, befände sich die Bevölkerung in großer Erregung. Daher wurde folgende Anfrage an die Landesregierung gerichtet: „Ist die hohe Landesregierung entschlossen, sofort geeignete Schritte zu tun, um diese ungerechten Maßnahmen zu beheben, die viele Bauern in ihrer Existenz bedrohen?“¹³

Eine diesbezügliche Antwort ist in den Stenographischen Protokollen nicht vermerkt worden.

Die nächste Westungarn betreffende Interpellation hatte die bekannte Fürstenfelder Waffen- und Munitionsschmuggelaffäre zum Inhalt und warf dem Landeshauptmann Dr. Rintelen Untätigkeit bezüglich des Schutzes der Bevölkerung gegen die Gefährdung durch die „Horthy-Banden“ vor. Sie wurde in der 38. Sitzung am 15. September 1920 von den sozialdemokratischen Abgeordneten Anton Weixelberger, Hans Hammerstorfer, Johann Leichin und Genossen eingebracht.¹⁴

Der Landeshauptmann beantwortete diese Anfrage in der 40. Sitzung am 23. September 1920 dahingehend, daß die gesamte Angelegenheit beim Landes- und Strafgericht in Graz anhängig sei, welches auch die involvierten Personen verhaften bzw. steckbrieflich suchen hatte lassen. Verhaftet wurde auch der ungarische Staatsbeamte Ernst Szlavik aus Jennersdorf.¹⁵

Am 17. Oktober 1920 wurde der steiermärkische Landtag neu gewählt.

Bereits in der 2. Sitzung der 1. Periode am 26. November 1920 brachten die Abgeordneten Dr. Jakob Ahrer, CS, Josef Pongratz, SD, Hannes Schreckenthal, St. B., Dr. Rudolf Hübler, G. D., einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Übergabe des Burgenlandes ein:

¹² Ebda., 578.

¹³ Ebda., 526.

¹⁴ Ebda., 807f.

¹⁵ Ebda., 841f.

Der Vertrag von Neuilly ist rechtskräftig geworden und der Zeitpunkt, da das deutsche Burgenland von Ungarn an die Republik Deutschösterreich übergeben werden muß, gekommen. Der steiermärkische Landtag tritt an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heran, von der ungarischen Regierung die sofortige Übergabe des gesamten deutschen Burgenlandes, wie es im Friedensvertrag von St. Germain Deutschösterreich zugesprochen wurde, zu verlangen, ohne sich auf die Erörterung irgendwelcher Gebietsabtretungen des Burgenlandes einzulassen und gegebenenfalls das Einschreiten des Obersten Rates zugunsten der im Frieden von St. Germain festgesetzten Übergabe des Burgenlandes an Österreich zu veranlassen. Es wird beantragt, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und ihn ohne Zuweisung an einen Ausschuß sogleich im Hause zu verhandeln.¹⁶

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

In derselben 2. Sitzung vom 26. November 1920 ist eine weitere Waffen- und Munitionsaffäre Gegenstand der Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten Oberzaucher, Anton Weixelberger und Genossen an den Landeshauptmann, in die nach Ansicht der Sozialdemokraten der christlichsoziale Bürgermeister von Fehring Dr. Schwagula verwickelt gewesen war, indem er am 18. November den Raub von 160 Gewehren, einem Maschinengewehr und 8000 Patronen, die der örtlichen Heimwehr gehörten, nach Ungarn ermöglicht haben sollte.¹⁷

In der 5. Sitzung brachten die Abgeordneten diese Angelegenheit nochmals auf die Tagesordnung, weil keine Antwort des Landeshauptmannes erfolgt war.¹⁸

In der 8. Sitzung vom 30. März 1921 gelangten die dringlichen Anfragen der Abgeordneten der Großdeutschen Volkspartei Dr. Rudolf Hübler, Hannes Schreckenthal und Genossen an den Landeshauptmann betreffs des Aufenthaltes des Exkaisers Karl in Ungarn zur Verhandlung, mit dem Ergebnis, daß der Landtag folgenden Antrag annahm:

Anlässlich des Aufenthaltes des vormaligen Kaisers Karl in Ungarn spricht der Landtag des Landes Steiermark seinen unerschütterlichen Entschluß aus, jede Gemeinschaft mit dem Hause Habsburg-Lothringen und besonders mit dem Exkaiser Karl abzulehnen und verlangt, daß mit den schärfsten Mitteln ein Betreten des Bundesstaates Österreich durch den Exkaiser verhindert werde.¹⁹

In der 19. Sitzung vom 28. Oktober 1921 war der zweite Aufenthalt des Exkaisers Karl in Ungarn, insbesondere aber sein Erscheinen in Ödenburg Anlaß für eine Mitteilung des Präsidenten Franz Kölbl, der den Beschluß der Landesregierung über die Kundgebung an die Bevölkerung dem Landtag zur Kenntnis brachte:

Die Gestaltung der Verhältnisse in Ungarn hat zu verschiedenen wilden Gerüchten Anlaß gegeben, doch wurde die Ruhe nirgends gestört. Um die Bevölkerung aufzuklären und zu beruhigen und diesen Gerüchten entgegenzutreten, ist die Landesregierung zu einer Plenarsitzung zusammengetreten und hat eine Kundgebung an die Bevölkerung erlassen, worin sie einerseits beruhigt, andererseits aber die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und des Wirtschaftslebens fordert.²⁰

¹⁶ Stenographische Berichte des steiermärkischen Landtages 1920–1923, Graz 1923, 16.

¹⁷ Ebda., 17.

¹⁸ Ebda., 74.

¹⁹ Ebda., 155ff.

²⁰ Ebda., 502.

In der 21. Sitzung vom 12. Dezember 1921 wurde ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rudolf Seehofer, Johann Leichin, Dr. Erich Klusemann, Dr. Rudolf Hübler und Genossen betreffend die Versorgung des südlichen Burgenlandes mit Salz, Zündern und Petroleum verhandelt. Der Abgeordnete Seehofer sagte hiezu:

Der Antrag, glaube ich, spricht für sich selbst. Es ist ein neues Stück deutschen Landes zu uns gekommen, dessen Bewohner noch nicht genug vertraut mit ihrem neuen Vaterland sind. Infolgedessen ist es eine Notwendigkeit, daß wir auch die wirtschaftlichen Übergänge zum Burgenlande herstellen und alles das, was die Lebensweise unserer neuen Brüder erschwert, von ihnen fernhalten. Aus diesen Gesichtspunkten ist von allen Parteien folgender Antrag gestellt worden: Die Landesregierung möge unverweilt alle Maßnahmen treffen, um die Burgenländer raschestens mit Salz, Zündern und Petroleum zu versehen.²¹

In der 22. Sitzung am 22. Dezember 1921 wurde die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Rudolf Hübler und Genossen betreffend die beschleunigte Einrichtung der österreichischen Verwaltung im Burgenlande verhandelt.²²

Dr. Hübler begründete den Antrag:

Nach der Besetzung des Burgenlandes durch die deutschösterreichischen Truppen ist die österreichische Verwaltung im Burgenlande eingerichtet und von der dortigen Bevölkerung mit großer Freude und Genugtuung begrüßt worden. Nur haben sich jetzt in der Verwaltung Lücken und Mängel ergeben, die von der Bevölkerung dort schmerzlich empfunden werden. Es ist begreiflich, daß die Bevölkerung ihre Wünsche infolge der Mangelhaftigkeit der Kommunikationen, die im Lande selbst nach dem Mittelpunkt der jetzigen burgenländischen Landesregierung führen, an die Nachbarbundesländer richtet. So kommt es, daß auch in Steiermark und Niederösterreich eine Reihe von Wünschen der burgenländischen Bevölkerung vorgebracht werden. Diese beziehen sich in erster Linie auf einen Gegenstand, der auch in der letzten Landtagssitzung durch einen Antrag aller Parteien behandelt wurde, nämlich auf die Belieferung mit Zündern, Salz und Petroleum. Die Klagen gehen dahin, daß diesem Mangel noch nicht vollständig und in allen Teilen abgeholfen wurde. Weiters ist die engste Verbindung in wirtschaftlicher Beziehung mit Österreich unbedingt notwendig. Es wird eine lange Zeit dauern, bis die fehlenden Eisenbahnlinien ausgebaut sind und es ist daher notwendig, daß durch eine rasche Einrichtung von Automobillinien das uns zugehörige Land in engste wirtschaftlich Verbindung mit uns gesetzt wird. Ein dritter Wunsch der burgenländischen Bevölkerung ergibt sich aus dem Umstand, daß die Behörden der ersten Instanz sehr mangelhaft mit Mitteln zum Amtieren versehen sind und daß im Burgenlande eine zweite Instanz vorderhand noch nicht eingerichtet ist. Auch diese Sache wäre zu beschleunigen. Ein weiterer Mangel ist es, daß untergeordnete Organe unserer Regierung einen willkürlichen Umrechnungsschlüssel bezüglich der ungarischen Krone eingeführt haben, was auf die burgenländische Bevölkerung ungünstig wirkt. Es handelt sich nur um ganz vereinzelte Fälle. Es ist zum Beispiel vorgekommen, daß der Umrechnungsschlüssel der ungarischen Krone mit 6:1 festgesetzt wurde, während die ungarische Krone damals 9:1 stand. Endlich wünscht auch die bodenständige burgenländische Bevölkerung, die sich mit Deutschösterreich eins fühlt, daß ein scharfes Auge auf das Treiben der von den Magyaren gekauften burgenländischen Presse gerichtet wurde, die heute noch ganz offen in einem magyarenfreundlichen Sinne schreibt, was auf die burgenländische Bevölkerung beunruhigend wirken muß. Es ist klar, daß diese

²¹ Ebda., 615f.

²² Ebda., 642ff.

ganzen Angelegenheiten eigentlich in die Kompetenz der Bundesregierung gehören. Aber nachdem infolge der engen Verbindung und der Nachbarschaft zwischen der Steiermark und dem Burgenlande die Wünsche hier vorgebracht werden, so ist es notwendig, daß auch von uns diese Wünsche weitergeleitet werden und daß die Weiterleitung mit Nachdruck durch eine offizielle Stelle des Landes erfolgt.

Infolgedessen würde ich an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage richten, ob der Herr Landeshauptmann bereit ist, in seiner Stellung als Landeshauptmann diese Wünsche der burgenländischen Bevölkerung mit allem Nachdruck an die Landesregierung zu leiten und seinerseits alles zu tun, um, wenn möglich, auch die Hilfe des Landes Steiermark initiativ zur Verfügung zu stellen.

Landeshauptmann Dr. Rintelen:

Es ist selbstverständlich, daß die Frage der Versorgung des Burgenlandes in erster Linie abhängt – und der Herr Vorredner hat dies auch angedeutet – von der Herstellung der entsprechenden Kommunikationsverhältnisse. Ich habe daher sogleich nach der Besetzung des Burgenlandes mich dieser Frage zugewendet. Es fand eine Zusammenkunft in Hartberg statt wegen der Bahnverbindung, zu der auch Burgenländer gekommen sind, und es wurde dort die Frage eingehend beraten. Ferner habe ich im Einvernehmen mit dem Herrn Bürgermeister von Fürstenfeld auch eine Zusammenkunft in Wien herbeigeführt, einerseits zwischen den steirischen Interessenten und andererseits mit dem Landesregierungschef des Burgenlandes Sektionschef Davy und Vertreters des Eisenbahnministeriums. Bei dieser Zusammenkunft wurde das Schwergewicht auf zwei Punkte gelegt, auf die Herstellung entsprechender Bahnverbindungen, und zwar insbesondere auf Bahnverbindungen, die den zukünftigen wirtschaftlichen Verkehr des Burgenlandes mit Steiermark sichern, vor allem mit den Städten Fürstenfeld und Hartberg, und andererseits, daß sofort provisorische Automobillinien eingeleitet werden. Diese Frage dürfte unmittelbar vor der Lösung stehen. Bezüglich der Linie Oberwarth–Hartberg ist das Projekt mit Autolastwagen Gegenstand der Erörterung. Unabhängig davon werden sich die Bemühungen der Landesregierung bewegen, um die Kalamität hinsichtlich der Versorgung mit Salz, Petroleum und ähnlichen Bedarfsartikeln abzuwenden. Der Herr Vorredner hat auch betont, daß dies eigentlich Sache der Bundesregierung sei. Die kämpft nun mit gewissen Verkehrsschwierigkeiten und sie hat vielleicht zu wenig Rücksicht genommen dabei auf den Zuschub von Steiermark aus. Ich werde mich jetzt bemühen, einerseits auf die Bundesregierung Einfluß zu nehmen, daß für jene an Steiermark angrenzenden Gebiete des Burgenlandes, die uns am meisten interessieren und bezüglich der wir die eheste Herstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge wünschen, Abhilfe geschaffen wird, und ich werde auch trachten, mit gewissen Organisationen in Verbindung zu treten, damit diese Bedarfsartikel auch dorthin kommen. Ich war auch beim Obmann der Südmark und er hat mir zugesagt, Zünder hinzubringen. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß ich sowohl der Frage der dringlichen Abhilfe der bestehenden Übelstände, wie insbesondere der Frage der Herstellung entsprechender Bahnverbindungen und entsprechender Herstellung wirtschaftlicher Verhältnisse schon bisher mein Augenmerk zugewendet habe und es auch in Zukunft in jeder Weise tun werde.

Landesrat Winkler:

Wir haben die dringliche Anfrage der großdeutschen Volkspartei mitunterschrieben, weil uns die gleichen Fälle, wie die in der Interpellation bekanntgegebenen Verhältnisse mitgeteilt worden sind, bekannt und wir der Meinung sind, daß wegen der Vorsorge für das Burgenland zweifellos die Organisation nicht geklappt hat, und zwar deshalb, weil der Einmarsch das erste Mal nicht geklappt hat und wir das zweitemal in Venedig auf das Eis geführt worden sind. Und jetzt sehen wir, daß die Organisationen, welche für den Austausch von agrarischen Produkten,

von Salz und Zündern usw. Vorsorge hätten treffen sollen, nicht am Platze sind. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß waggonweise das Mehl aus dem Burgenlande über Steiermark in andere Länder geht. Wir sind keine Anhänger der Länderabspernung, aber wir würden empfehlen, gerade dieser Angelegenheit das Augenmerk zuzuwenden, weil sehr viele Waggons Lebensmittel im Burgenlande zur Verfügung stehen, die gegen Produkte, die wir abgeben könnten, leicht im Austauschwege, im Kompensationswege, zur Ernährung Steiermarks zur Verfügung gestellt werden könnten.

Winkler machte weiters aber auf die Schwierigkeiten zur Finanzierung des Eisenbahnbaues aufmerksam, ebenso auf die unzulänglichen Straßenverhältnisse, sowohl in der Oststeiermark als auch im Burgenland, die kaum den Anforderungen für den Lastkraftwagenverkehr genügen dürften, ebenso auf den Salzangel in der Steiermark selbst, er betonte aber am Schluß seiner Rede:

Es ist eine selbstverständliche Pflicht, daß wir die Burgenländer, die ja nun bei uns sind mit den notwendigsten lebenswichtigen Artikeln versorgen, und ich kann namens meiner Partei erklären, daß wir alle Bestrebungen unterstützen werden, welche dahingehen, eine Verbesserung der angeregten Versorgung herbeizuführen.

Landesrat Machold:

Auch unsere Partei ist gerne bereit, alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf hinauslaufen, Erleichterungen in der Versorgung des Burgenlandes herbeizuführen. Aber auf eines möchte ich mir erlauben aufmerksam zu machen. Es besteht in Neudau eine große Baumwollspinnerei, die Arbeiter derselben sind zum großen Teile nicht in der Steiermark, sondern in Ungarn ansässig. Die Versorgung dieser Arbeiter mit den notwendigen Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln war immer großen Schwierigkeiten ausgesetzt. Die Arbeiter, die drüben wohnen, sind nicht in der Lage, sich Brot und Mehl zu verschaffen, und wäre es naheliegend, wenn sie von Steiermark aus versorgt werden würden. Es könnten natürlich verschiedene Schritte unternommen werden, die Versorgung von hier aus durchzuführen, weil jedoch die Versorgung von hier aus an die Karte gebunden ist und die Leute hier nicht wohnen, so wird sich das nicht ganz glatt machen lassen, aber ich glaube es müßten Wege gefunden werden, die Versorgung dieser Arbeiter von hier aus sicherzustellen.

In der 24. Sitzung vom 4. März 1922 gelangte der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zingl und Genossen betreffen die Instandsetzung der Straße Pinggau-Sinnersdorf-Pinkafeld zur Verhandlung.

Diese Straße bildet die einzige Verbindung zwischen Steiermark bzw. Niederösterreich und dem Burgenlande. Sie hat soweit nicht nur für den Bezirk Friedberg, welchem bisher die Erhaltung oblag, sondern für den ganzen Bund hervorragende Bedeutung, die sich auch durch den bestehenden regen Durchgangsverkehr zum Ausdruck bringt. Der augenblickliche Zustand dieser Straße ist nun ein derart trostloser, daß sowohl Last- als auch Personenautos stecken bleiben und jeder Verkehr unmöglich ist. Die Nachschublinie für die Besatzung im Burgenlande ist daher unterbrochen. Es kann dem Bezirk Friedberg nicht zugemutet werden, eine Straße instandzusetzen und zu erhalten, welche weniger für ihn, als vielmehr für das ganze Land Steiermark und den ganzen Bund von hervorragender Wichtigkeit ist. Um diesen unleidlichen Verhältnisse auf der genannten Straße daher ein baldiges Ende zu bereiten, stellen die Gefertigten den Antrag: Der hohe Landtag wolle beschließen: Das Landesbauamt wird beauftragt, unverzüglich gemeinsam mit dem Bundesbauamt die notwendigen Vorschläge bedarfs Instandset-

zung der Sinnersdorfer Bezirksstraße der Landesregierung zu erstatten, damit diese gemeinsam mit dem Bunde die Aufbringung der erforderlichen Mittel veranlasse. Überdies wäre die Übernahme dieser Straße in die Verwaltung des Bundes durchzuführen.²³

Der zuständige Landesrat Dipl.-Ing. Hans Paul replizierte, daß er sich schon im Oktober 1921 an den Bund um Zusicherung von Unterstützungen gewendet und auch 60 Prozent der damals aufgelaufenen Kosten zugebilligt erhielt. Er hatte auch schon veranlaßt, daß die Straße von der technischen Truppe des Bundesheeres hergestellt wird, sowie die Verstaatlichung beantragt.²⁴

In derselben Sitzung vom 4. März 1922 wurde von den Christlichsozialen ein Antrag zur Zugverkehr-Verbesserung zwischen Steiermark und dem Burgenlande eingebracht, der in der 29. Sitzung am 9. Juni 1922 verhandelt und beschlossen wurde:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sogleich dahin zu wirken, daß der Zugverkehr zwischen Steiermark und dem Burgenlande auf der Strecke Graz-St. Gotthardt wenigstens soweit verbessert werde, daß 1. der Abendzug ab Graz 18 Uhr 20 Minuten bis St. Gotthardt (von Mogersdorf) weitergeführt und 2. der Aufenthalt von 1 Stunde 5 Minuten beim Schnellzug Nr. 1301 ab Graz 8 Uhr 30 Minuten abgekürzt wird.²⁵

Berichterstatter war der Abgeordnete Josef Zingl.

In der 37. Sitzung vom 19. Dezember 1922 wurde wieder ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zingl und Genossen in Angelegenheit der dringend notwendigen Instandsetzung der Pinggau-Sinnersdorfer Bezirksstraße II. Klasse im Bezirke Friedberg eingebracht. Der zuständige Landesrat Dipl.-Ing. Paul sagte hierzu:

Im Jahre 1921 wurden für die Herstellung dieser Straße 126.000 Kronen (K) in Aussicht genommen und der Bund hat sich bereit erklärt, hiezu 75.000 K beizutragen. Später haben sich aber die Kosten auf 940.000 K erhöht und wurde dieser Betrag vom Bunde zu hoch gefunden. Schließlich hat sich das Militärkommando in Oberwarth der Sache angenommen und hat eine Abteilung Pioniere zur Verfügung gestellt, welche nur sehr wenig hergestellt haben, sodaß die Straße trotzdem immer schlechter geworden ist, umso mehr, als das Postärar den Autobusverkehr eingeführt hat. Im Juli des heurigen Jahres wurden nun die Kosten der Wiederherstellung mit 80 Millionen K errechnet, der Bund hat hierfür einen Betrag vom 840.000 K bewilligt, ein Betrag, welcher natürlich ungeheuer klein und nicht ausreichend ist, weil weder der Bezirk noch das Land in der Lage sein können, auf eigene Kosten die Wiederherstellung zu bewirken. Obwohl das Postärar für eine Autofahrt 40.000 K verlangt, und auf burgenländischer Seite die Straße vollkommen in Ordnung gesetzt ist, will der Bund auf der steirischen Seite für die Straßen nichts mehr anwenden. Wiederholter Schriftenwechsel mit dem Ministerium war ergebnislos und es wäre eine wesentliche Unterstützung des Referenten, wenn der hohe Landtag den vorliegenden Dringlichkeitsantrag beschließen würde. Ich bitte daher um Annahme und Zuweisung dieses Antrages an den Straßen- und Brückenbauausschuß.²⁶

²³ Ebda., 699.

²⁴ Ebda.

²⁵ Ebda., 810.

²⁶ Ebda., 955.

Die Zuweisung des Antrages wurde beschlossen.

In der 39. Sitzung am 22. Dezember 1922 berichtete der Abgeordnete Josef Zingl namens des Ausschusses:

Schon im März dieses Jahres hat sich der Landtag mit dieser Frage beschäftigt. Die Straße wurde durch die Besetzung des Burgenlandes in einem derartigen Zustand versetzt, daß im März die Autos auf dieser Straße mit Pferdekraft aus dem Kot herausgearbeitet werden mußten.

Er monierte nochmals die größere Bundesunterstützung und stellte folgenden Antrag:

Die Landesregierung wird beauftragt, auf der Forderung nach Bereitstellung entsprechender ausreichender Mittel durch den Bund zu verharren, weil die traurige Beschaffenheit der Bezirksstraße Pinggau-Sinnersdorf in erster Linie auf die Benützung für Bundeszwecke zurückzuführen ist und daher eine Verpflichtung des Bundes zur ausreichenden finanziellen Beihilfe für die verkehrstüchtige Wiederherstellung der Straße besteht.²⁷

Der Antrag wurde ohne Wechselrede angenommen.

In derselben Sitzung antwortete der Landeshauptmann Dr. Rintelen auf zwei Interpellationen, die ebenfalls das Burgenland tangierten, und zwar die der Abgeordneten Weixelberger, Stametz und Genossen wegen der Kreditbeschaffung zur Herstellung der Staatsstraße von Fürstenfeld nach Ilz sowie die der Abgeordneten Dr. Kübler, Dr. Dantine, Rieckh und Genossen in Angelegenheit der Raabregulierung im Bezirke Fehring und Burgenland:

Die Schotterbeschaffung für die Ungar-Staatsstraße war schon in der Vorkriegszeit mit besonderen Schwierigkeiten und bedeutenden Kosten verbunden. Da sich auf der ganzen Ungarstraße von Graz bis zur Landesgrenze kein Schotterbruch befand, mußte der Schotter in der Regel von weit entfernten Schotterbrüchen zugeführt werden.

Er wies auf die stetige Verschlechterung des Straßenzustandes während des Krieges hin. Die Landesregierung habe aber versucht, Abhilfe zu schaffen. So sei im ersten Halbjahr 1921 der Baubezirksleitung in Feldbach ein Kredit von 140.000 K, im März 1922 ein Nachtragskredit von 240.000 K flüssig gemacht worden. Weiters sei nach günstig gelegenen Schotterbezugsorten gesucht worden. Einige nächst der Straße gelegene Grubenschotter seien aufgefunden worden. Es sei daher zu erwarten, daß der Zustand der Straße deutlich verbessert werden wird.

Es darf schließlich nicht unerwähnt bleiben, daß die Nichtbefolgung der Straßenpolizeivorschriften durch Verwendung zu schmaler Radfelgen, durch die die Kohlenverfrachtung besorgenden Fuhrwerksbesitzer einen wesentlichen Teil der Schuld an der Straßenverschlechterung trägt.²⁸

Das vom steiermärkischen Landesbauamt im Jahre 1910 entfertigte Generalprojekt für die Raabregulierung im Bezirk Fehring konnte bisher aus dem Grunde nicht verwirklicht werden, weil einerseits die seinerzeitige Bezirksvertretung von Fehring sich in der Beitragsfrage ableh-

²⁷ Ebda., 1070.

²⁸ Ebda., 1090.

nend verhielt und andererseits, wie in der Anfrage zutreffend ausgeführt erscheint, die Schaffung geregelter Hochwasserabflußverhältnisse in der Anschlußstrecke auf ungarischem Gebiete vor endgültiger Austragung der Burgenlandfrage nicht zu gewärtigen war.

Das Landesbauamt hält den Zeitpunkt für geeignet, der Sanierung der beklagten Übelstände am Raabflusse, und zwar bei dem zweifellos vorhandenen gemeinsamen Interesse des Landes Steiermark und des Burgenlandes im gegenseitigen Einvernehmen neuerlich näherzutreten.²⁹

Die steiermärkische Landesregierung werde mit der burgenländischen Landesregierung in diesbezügliche Verhandlungen treten.

Wenn ich ein kurzes Resümee ziehe, so ist hervorzuheben, daß sich wichtige Fakten der Burgenlandfrage auch in mehreren Tagesordnungspunkten mancher Sitzungen des steiermärkischen Landtags widerspiegeln, wie z. B. die Friedensverhandlungen in Paris oder der Vertrag von Saint Germain. Relativ früh wurde im Hinblick auf die bevorstehende Angliederung vor allem die Verbesserung der verkehrsmäßigen und wirtschaftlichen Anbindung des südlichen Burgenlandes an die Steiermark moniert, sei es durch Forderungen nach dem Bau von Bahnlinien, nach der Einrichtung von Autobuslinien oder nach der Verbesserung der desolaten Straßenverhältnisse. Zweifelsohne fielen aber die meisten diesbezüglichen Angelegenheiten in die Kompetenz des Nationalrates und der Bundesregierung, so daß die Behandlung im Landtag im wesentlichen auf eine positive Unterstützung bzw. auf die Weiterleitung an die Bundesstellen beschränkt sein mußte. Unmittelbar nach der offiziellen Übergabe des Burgenlandes (5. Dezember 1921) stand die Versorgung des südlichen Burgenlandes mit alltäglichen Bedarfsartikeln auf der Tagesordnung, ebenso die Forderung nach der Beschleunigung der Einrichtung der österreichischen Verwaltung im Burgenland. Im Laufe des Jahres 1922 beschäftigte den Landtag die Instandsetzung der unzulänglichen Zustände der wichtigsten Verbindungsstraßen Pinggau-Sinnersdorf-Pinkafeld sowie Ilz-Fürstenfeld-Rudersdorf. Da in der Burgenlandfrage die Oststeiermark direkt betroffen war, sind bei den Anträgen und Anfragen vor allem die Abgeordneten aus dieser Region initiativ und aktiv gewesen, insbesondere der Fürstenfelder Bürgermeister Anton Weixelberger und der Schäßferner Bürgermeister Josef Zingl.

Jedem Historiker ist bewußt, daß der Beitrag der Steiermark zur Entstehung und Angliederung des Burgenlandes nicht auf Grund der Verhandlungen im steiermärkischen Landtag allein ermessen werden kann – vielmehr waren dabei Landesregierung, Ämter der Landesregierung, Verwaltungsämter und Gemeinden der angrenzenden Bezirke beteiligt und damit konfrontiert –, es ist aber aus allen Stenographischen Berichten deutlich zu ersehen, daß alle Fragen, die mit der Entstehung und Angliederung des Burgenlandes zusammenhingen, mit großer Sympathie und Freude sowie mit großem Engagement und Entgegenkommen behandelt wurden, und zwar von den Abgeordneten aller Parteien.

²⁹ Ebda., 1090f.